

SoVD demonstriert zum Equal Pay Day erneut gemeinsam mit DGB und Deutschem Frauenrat

# Stagnierende Lohnlücke endlich aufbrechen

Erneut hat der SoVD vor dem Brandenburger Tor gemeinsam mit dem DGB und mit dem Deutschen Frauenrat Flagge gegen die immer noch bestehende geschlechtsspezifische Lohnlücke gezeigt. Damit wird die prozentuale Differenz zwischen Männer- und Frauenlohn bezeichnet. Das Medieninteresse an der Protestveranstaltung war groß, rund 60 Medienschaffende waren vor Ort, darunter ZDF, ARD sowie verschiedene Nachrichtenagenturen.

Laut Daten des Statistischen Bundesamtes liegt der Gehaltsunterschied – unbereinigt – seit Jahren unverändert bei 21 Prozent. Das entspricht einem Zeitraum von 77 Tagen, den Frauen länger arbeiten müssen, um im Schnitt auf den gleichen Vorjahreslohn von männlichen Kollegen zu kommen. Im internationalen Vergleich ist Deutschland damit weiterhin eines der Schlusslichter. Nur Estland und die Tschechische Republik schneiden noch schlechter ab.

Ein Teil dieser Lohnlücke lässt sich auf strukturelle Unterschiede zurückführen. Laut zahlreicher Studien spielen

hierbei verschiedene Ursachen eine Rolle, die zum Teil ineinander übergreifen und/oder sich gegenseitig bedingen.

## Berufe, in welchen viele Frauen arbeiten, verbessern

In bestimmten Berufen oder Branchen und auf den höheren Stufen der Karriereleiter fehlen Frauen. Und obwohl sie heutzutage – statistisch betrachtet – oft besser ausgebildet sind als Männer, ergreifen Frauen weiterhin insbesondere Berufe in den Bereichen Erziehung und Pflege. Hier gilt es, die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Werts von frauendominierten Beru-



Alle EPD-Fotos (3): Wolfgang Borrs

Viel politische Prominenz kam zur Kundgebung – und die Fotoaktion fand große Unterstützung.

fen zu erhöhen, vor allem aber auch die Bezahlung dieser Berufe entsprechend zu verbessern.

Hinzu kommt, dass Frauen ihre Erwerbstätigkeit familienbedingt durch etwa Elternzeit oder Pflege von Angehörigen immer noch häufiger und länger unterbrechen oder reduzieren als Männer. Diese „Fehlzeiten“ und darauf folgende Einstiegschancen bewirken Einbußen bei der Lohn- und Einkommensentwicklung, die sich bis in die Rentenphase niederschlagen. Doch selbst wenn man die strukturellen Faktoren herausrechnet und nur die Bezüge von Frauen und Männern vergleicht, die in der gleichen Branche und gleichen Position gleich viel arbeiten, bleibt hierzulande eine Lohnlücke von sechs Prozent.

Den Auftakt der Kundgebung machte Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Er wandte sich vor allem gegen die Ausnahmen beim Entgelttransparenzgesetz, das eigentlich für mehr Lohngerechtigkeit sorgen soll. Doch greift es erst bei Unternehmen mit mindes-

tens 200 Mitarbeitenden. Einschränkungen gibt es auch bei der Brückenteilzeit, die nur in Betrieben mit mehr als 45 Beschäftigten möglich ist.

SoVD-Bundesfrauensprecherin und Präsidiumsmitglied Edda Schliepack wies darauf hin, dass die geringe Bezahlung von Frauen dazu führt, dass sie auch im Alter deutlich weniger Rente beziehen. Sie kritisierte die Untätigkeit der Bundesregierung in dieser zentralen sozialen Frage.

## Quotenregelungen führten zu höherem Frauenanteil

Franziska Giffey (SPD), die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, lobte die Quotenregelungen, die dazu geführt hätten, dass der Frauenanteil in Vorständen und Aufsichtsräten deutlich gestiegen sei. Zudem will sie die sozialen Berufe, in denen besonders viele Frauen arbeiten, aufwerten und dort für bessere Bezahlung sorgen. Als einen ersten Schritt dorthin begrüßte sie den geplanten Wegfall des Schulgeldes in den Pflegeberufen.

Verschiedene politische Ansichten und Forderungen trafen anschließend bei der Podiumsdiskussion aufeinander. Katja Mast (SPD), Bettina Stark-Watzinger (FDP), Susanne Ferschl (Die Linke), Katja Dorner (Bündnis 90/Die Grünen) und Nadine Schön (CDU) waren sich einig darin, dass die Lohnungleichheit bekämpft werden muss. Darüber, wie das am besten gelingt, gingen die Meinungen allerdings auseinander.

Die unterschiedlichen Ansichten wurden auch bei der Frage deutlich, ob es bei der geplanten Grundrente, von der vor allem Frauen profitieren würden, eine Bedürftigkeitsprüfung geben sollte.

Die abschließende Rede hielt Mona Küppers, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates (DF). Sie kritisierte, dass Frauen deutlich mehr unbezahlte Sorgearbeit übernehmen als Männer, und forderte politische Maßnahmen, um Männer in die Verantwortung zu nehmen und Frauen in der Erwerbstätigkeit zu fördern. *veo*

## Frauenbeitrag

### Wie barrierefrei sind Frauenhäuser?

Gewalt gegen Frauen ist noch immer ein weitverbreitetes Problem. Für viele Betroffene in Not sind Frauenhäuser die letzte Zuflucht. 41 Frauenhäuser gibt es in Niedersachsen – sie bieten ein sicheres Umfeld für traumatisierte Frauen und ihre Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind.

Seit Langem setzt sich der SoVD dafür ein, dass diese wichtigen Einrichtungen und die entsprechenden Beratungsstellen auch für Frauen mit Behinderungen zugänglich sind. Denn Frauen mit Behinderungen sind zwei- bis dreimal häufiger von körperlicher, psychischer und sexueller Gewalt betroffen. Wir wollten wissen, wie barrierefrei die Frauenhäuser in Niedersachsen sind. Mit einer Checkliste haben SoVD-Frauen Einrichtungen in ganz Niedersachsen überprüft.

Das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung unterstützte das Vorhaben. Zeitgleich hatte das Ministerium Fördermittel für Maßnahmen zum „barriere-reduzierenden Um- und Ausbau“ für Frauenhäuser bereitgestellt. Um antragstellende und interessierte Frauenhäuser bei ihren baulichen Planungen und Veränderungen zu unterstützen, hatte der SoVD eine telefonische Beratung dazu angeboten. Viele Frauenhäuser haben diese dankend angenommen. Das Ergebnis: Es gibt nur wenige Häuser, die etwa einen barrierefreien Zugang zu den Etagen, ein barrierefreies Zimmer oder entsprechende Sanitäreinrichtungen haben. Einige sind dabei, sich schrittweise auf den Weg zu machen. Doch der Weg ist noch weit. Von der Barrierefreiheit profitieren alle Frauen und Kinder und erhalten damit die Unterstützung und Hilfe, die sie bei Gewalt benötigen. Deshalb müssen jährlich Fördermittel zum barrierefreien Umbau von Frauenschutzeinrichtungen bereitgestellt werden. Diese Fördermittel sind zu verstetigen, damit Frauenhäuser Planungssicherheit erhalten. Zudem müssen die Fördermittel gestaffelt sein, um auch kleinere Umbaumaßnahmen wie Rampen oder Orientierungshilfen realisieren zu können.



Birgit Vahldiek  
Mitglied im  
Bundesfrauenausschuss



In ihrem Jubiläumsjahr fordern die Frauen im SoVD: „Gleichberechtigung – nicht gleich, sondern sofort!“



SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack.